

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Verfahrn in Dresden und Vororten bei halbjähriger Zustellung, durch die Post bei halbjähriger Zustellung monatlich 4,50 Mk., vierteljährlich 10,50 Mk. Die 17spaltige 37 mm breite Seite 2 Mk. Auf demselben Blatt, Anzeigen unter Stellen u. Wohnungsmarkt, 17spaltige Seite u. darüber 25% Zuzugsgebühr laut Tarif. Auslandige Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

Verantwortlich: Richard Schumacher.  
Druck-Verlag: Carl Neubauer Nr. 25/241  
Für die Schriftleitung: 20011.

Schriftleitung und Anzeigenschaltstelle:  
Marie-Str. 38/40.  
Druck-Verlag von Neppich & Neumann in Dresden.  
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Abdruck nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unerlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Beginn des Polenauflstands am 9. August?

### Eine Versammlung der Insurgentenführer.

Rattowick, 5. August. In einer in Balence abgehaltenen polnischen Versammlung, an der fast alle ehemaligen Insurgentenführer der Umgegend teilnahmen, wurde ihnen die vorläufige Mitteilung gemacht, daß für Dienstag, den 9. Aug. u., eine neue polnische Erhebung geplant sei. Nähere Instruktionen sollen den Insurgentenführern alsbald erteilt werden. Soweit in Erfahrung gebracht werden konnte, soll sich der kommende Aufsch hauptsächlich gegen die Städte richten.

Hindenburg, 5. August. Wie der „Oberschlesische Kurier“ erzählt, planen für den kommenden Sonntag, den 7. August, großpolnische Gruppen in Hindenburg eine Erhebung die im Anschluß an große nationalistische Kundgebungen und Versammlungen vor sich gehen soll. (Da.)

Oppeln, 5. Aug. Wie hier aus gut unterrichteter Quelle verlautet, beabsichtigt der polnische Generalstab zuerst die Südmaree unter General Wacziargowski in die Kreise Pleß und Rohnitz bis zur Bahn Gleiwitz-Randau voranzutreiben zu lassen, um das Industriegebiet und auch die interalliierten Truppen umfassen zu können. Erst am zweiten Tage soll die Südmaree den Vormarsch auf Oppeln beginnen. Die Franzosen sind mit dem Plane einverstanden und halten die Kreise Pleß, Rohnitz und das Gebiet südlich des Industriebezirks von Knauthen und Jastrenitz frei. (Da.)

### Ein französisch-polnisches Abkommen.

(Drahtmeldung aus Berliner Schriftleitung.)  
Oppeln, 5. August. Der Stellvertreter des Generals Perond als Präsident der Interalliierten Abstimmungskommission hat von Paris aus durch einen besonderen Kurier die Anweisung erhalten, im Falle einer Gefährdung der interalliierten Besatzungstruppen durch einen deutschen Aufstand (?) Unterstützung bei dem an der polnischen Grenze lebenden polnischen Generalkommando zu erbitten, das durch die polnische Regierung angewiesen sei, einem solchen Aufstand sofort zu entsprechen. Dieses Abkommen mit den Polen soll vor den Engländern und Italienern zunächst geheim gehalten werden. Diese seien gegebenenfalls vor die vollendete Tatsache zu stellen. Überall an der langreckenden Grenze macht sich eine neue Bewaffnung der Soldaten bemerkbar. Die Vereine werden zu militärischen Formationen zusammengestellt, die unter Führung aktiver polnischer Offiziere treten. In Rodau hat unlängst eine Zusammenkunft von Delegierten sämtlicher Soldatenvereine stattgefunden, bei der auch der General Hauptmann teilnahm. Es wurde eine Resolution gefaßt und dem Staatschef Pilsudski übermittelt, daß sämtliche Soldaten bereit sind, nicht eher die jetzt erhaltenen Waffen aus der Hand zu legen, als bis die ober-schlesischen Brüder befreit wären. Ferner ist jetzt einwandfrei erwiesen, daß eine große Anzahl höherer polnischer Offiziere im Einvernehmen mit dem französischen Truppenkommando in Bistfeldung das ober-schlesische Ab-stimmungsgebiet bereit und das Gelände erkundet, um Stellungen für einen etwaigen polnischen Vormarsch für die Abwehr deutscher Angriffe ausfindig zu machen. Die polnischen Offiziere sind mit falschen auf französische Offiziere lautenden Pässen versehen, die den Stempel der französischen Besatzungsbehörden tragen und den Inhaber berechtigen, sich überall frei zu bewegen. Insbesondere häufig wurden derartige Spioneffiziere auf Bahnhöfen bei der Befragung von Wohnanlagen beobachtet.

Paris, 5. August. General Perond ist noch nicht nach Oppeln zurückgekehrt, weil er erst Gewißheit haben will, ob die Verstärkung der Truppen durchgeführt wird. Jedenfalls wird der General erst abreiten, nachdem volle Sicherheit in diesem Punkte besteht. Mit der polnischen Regierung wird ein französischer General Verhandlungen über defensive Maßnahmen (?) der polnischen Armee bald nach der Grenzfestlegung aufnehmen, falls sich neue Unruhen ereignen sollten und es wird vermutet, daß Frankreich polnische Truppen verwenden will, für den Fall, daß der Oberste Rat die Verhaftungen nicht bewilligen sollte.

### Eine trügerische Hoffnung Korsantys.

Paris, 5. August. Korsantys, der hier bei seinem Einzuge stolz erklärte, er werde in Paris Politik und nicht Journalismus machen, veröffentlicht im „Eclair“ einen Zeitarikel, in dem er die Behauptung zu widerlegen sucht, daß Polen nicht imstande wäre, das Industriegebiet zu verwalten. Das einzige Argument Korsantys bezieht darin, daß deutsche Ingenieure sich schriftlich bereit erklärt hätten, im Falle einer Zuteilung Oberschlesiens an Deutschland die Fabriken und Werke zu verlassen und ihre Arbeitstrakt den Polen zur Verfügung zu stellen. (?)

### Für ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien.

Berlin, 5. August. Der Gesamtverband der vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier hat folgende Entschlüsse gefaßt: Am Vorabend der Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens durch den Obersten Rat erheben die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier noch einmal auf Grund des festlich verbrieften Selbstbestimmungsrechtes die Forderung: Das deutsche Oberschlesien ist eine unzerrennliche, wirtschaftliche und kulturelle Einheit. Es ist ein lebendiges Glied des deutschen Volks- und Wirtschaftkörpers. Das ober-schlesische Volk hat sich nach dem obersten demokratischen Grundsatze für Deutschland entschieden. Es darf nicht wie eine Handelsware verpackt werden. Jede Teilung, jede Ver-zerrung auch nur eines Teiles von Oberschlesien bedeutet eine hässliche Bedrohung der europäischen Friedens. Darum muß Oberschlesien sofort dem deutschen Mutterlande zurückgegeben werden!

### Eine Kundgebung der bayrischen Landtagsfraktionen.

München, 5. August. Die Landtagsfraktionen der Bayerischen Volkspartei, Bayerischen Mittelpartei, Deutschen Volkspartei, Deutsch-demokratischen Partei und des Bayerischen Bauernbundes erlassen folgende Kundgebung: Die Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens steht unmittelbar bevor. Mit dem deutschen Volke wissen wir uns eins in der Forderung, daß Oberschlesien ungeteilt bei Deutschland bleibt. Historisches Recht, politische Vernunft, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages und das Ergebnis der Volksabstimmung erheben gebieterisch diese Forderung. Für unser Volk, unsere ober-schlesischen Landsleute, die durch die Abtötung, durch tafferes Aushalten in Not und Tod ihre Treue zur deutschen Heimat bezeugt haben, erheben wir nochmals unsere Stimme. Im Namen von Recht und Freiheit fordern wir ein ungeteiltes deutsches Oberschlesien von denjenigen, in deren Händen die Entscheidung liegt. (W.F.)

### Oberschlesien — ein zweites Elßah-Volbringen.

Christiania, 5. Aug. Das hiesige Morgenblatt schreibt über die ober-schlesische Frage: Oberschlesien scheint im Besitze zu stehen, ein zweites Elßah-Volbringen zu werden, eine unheilbare Herzkrankheit Europas. Es wird immer klarer, daß es ein schwerer Fehler war, an Deutschlands Obergrenzen zu rühren, aber wenn man es einmal tat, so hätte man jedenfalls auch dafür sorgen müssen, daß das Ergebnis der Volksabstimmung befestigt und am besten sofort in die Tat umgesetzt würde. Durch ihr Treiben und ihre Rücksicht gegen An-satzungs Übergriffe hat die Interalliierte Kommission nichts anderes erreicht, als die Sache noch verwickelter zu gestalten und den Verdacht zu erwecken, daß sie trotz der Abstimmung die Geschäfte einer bestimmten Macht ver-sorgt. (Da.)

### Die staatsrechtliche Selbständigkeit Oberschlesiens.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Berlin, 5. August. Dem Antrag auf Einberufung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist vorläufig nicht entsprochen worden. Dagegen soll der Ausschuss unmittelbar nach Entscheidung des Alliierten Rates über Oberschlesien zusammentreten. In der Annahme einer für Deutschland günstigen Entscheidung über Oberschlesien werden bereits im Reichsamts des Innern Vorbereitungen über die staatsrechtliche Selbständig-keit Oberschlesiens getroffen.

### Eine erwartete Richtfeststellung.

Berlin, 5. August. Eine Korrespondenz verbreitete eine Meldung, daß die französische Zeitung „Petit Parisien“, wozu der Minister für Wiederaufbau, Dr. Nathanen, und seine Mitarbeiter sich darüber klar geworden seien, daß gemäß der Volksabstimmung der größte Teil des ober-schlesischen Industriegebietes an Polen fallen müsse. Es würden daher von deutscher Seite unmittelbare Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen eingeleitet. Diese Meldung, die an sich schon bei Unvollständigkeit seinen Wünschen finden konnte, wird uns von ausländischer Seite als voll-ständig erfunden bezeichnet. (W. F. B.)

### Der Beralungsplan des Obersten Rates.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)  
Brüssel, 5. August. Dem „Soir“ wird aus Paris gemeldet, daß die Sitzung des Obersten Rates zunächst nur die Frage der Truppenbesetzungen besprechen wird und den Beralungsplan beschließt, worauf der Rat vertagt wird bis die Stellungnahme der Deutschen und Polen zu dem Beschlusse genügend gefaßt ist. Die zweite Sitzung soll darauf stattfinden und die anderen schwebenden Fragen der Tagesordnung in Behandlung nehmen. Lloyd George hat mitgeteilt, daß er nur der ersten Sitzung beiwohnen kann, weil seine Zeit es ihm nicht erlaubt, auch an den weiteren Sitzungen teilzunehmen.

### Teilnahme eines amerikanischen Vertreters.

London, 5. August. Wie Reuters erzählt, hat Präsi-dent Harding die Einladung, an der am 8. August be-ginnenden Laagna des Obersten Rates einen Vertreter zu entsenden, angenommen und dabei die ernste Hoffnung aus-gesprochen, daß die direkt beteiligten Mächte schlammig eine gerechte und befriedigende Regelung der ober-schlesischen Streitfrage herbeiführen und damit eins der Hauptshindernisse beseitigen, die jetzt dem dauernden Frieden im Wege stehen. (W. F. B.)

### Ein neuer Teilungs-vorschlag.

Paris, 5. August. „Temps“ schreibt in seinem heutigen Leitartikel: Da die alliierten Sachverständigen über die Teilung Oberschlesiens nicht einig werden, läßt das Gericht um, der Oberste Rat werde ein anderes Mittel suchen, um das Problem zu lösen. Er werde nur einen Teil des Gebietes zwischen Deutschland und Polen aufteilen und den Rest für 15 oder 20 Jahre unter einer alliierten oder internationalen Verwaltung belassen. Dieser Rest werde gerade von dem Industriegebiet abgetrennt, d. h. also, von den Bezirken, die fast ausschließlich den Wert Oberschlesiens ausmachen. Eine derartige Lösung hätte be-dingt, daß Polen und Deutschland im Voraus annehmen, denn der Versailler Vertrag sieht weder eine Teilung in drei Abschnitten, noch ein Provisorium unter einer inter-alliierten oder internationalen Behörde vor. Er ordne an, daß Oberschlesien unter Deutschland und Polen sofort nach der Volksabstimmung aufgeteilt werde. Bevor man also eine andere Lösung annehme, müsse ein neues Abkommen zwischen den Alliierten, Deutschland und Polen getroffen werden. Die Regierungen von Berlin und Warschau sollten aber gegen eine Regelung dieser Art zu sein. Sie wollten, daß das ober-schlesische Problem unverzüglich gelöst werde. Das sei auch das Interesse Frankreichs und der Bundes Englands und Italiens. (W. F. B.)

## Teilung Oberschlesiens oder Provisorium?

Die am Montag in Paris zusammentretende Konferenz des Obersten Rates, die für Deutschland und die West von entscheidender Bedeutung sein soll und möglicherweise auch sein wird, wirft ihre ersten Schatten voraus. Gerüchte besagen, die alliierten Sachverständigen für Oberschlesien, denen in zwölfster Stunde die Aufgabe angeteilt worden war, aus der Fülle der im Laufe der Zeit erfundenen Teilungsprojekte das alle Interessenten am besten befriedigende auszuwählen oder aber auf ihrer Grundlage ein neues zu formulieren, hätten sich auf einen Vorschlag geeinigt, der die Gebiete nördlich und westlich der Oder Deutschland, die Kreise Rohnitz und Pleß, sowie eine Anzahl Orte in der südöstlichen Zone den Polen zuericht. Vorausgesetzt, daß die Einigung unter den Sachverständigen den Tatsachen entspricht, so würden ihre Teilungsabsichten also auf einen Plan hinauslaufen, der unter den vorhandenen Projekten dem englisch-italienischen sich am meisten annähert. Dieses ist eine Trennungslinie vor, die nördlich Oberbera beginnend, über Rohnitz, Löbau, Nifolai auf das Zentrum der Dreiländerade zuführt; Deutschland würde also die westlichste Teile des vielumstrittenen Industriegebietes erhalten, während es den an Bodenschätzen, Kohle und Erz vor allem, reichen Süden verlieren würde. Man kann nicht sagen, daß diese Lösung auch nur annähernd eine befriedigende zu nennen ist. Die von Verlinax im „Echo de Paris“ heftig angegriffene „englische Fabel“, die das Industrie-gebiet nicht teilen will, wäre allerdings bei Annahme des Sachverständigen-vorschlags durch den Obersten Rat zum schweren Kerger der Franzosen zu ihrem Ziele gelangt. Für Deutschland aber wäre ein solches Kompromiß noch nie vor, wie alle anderen, die an der Unlösbarkeit der Provinz drehen und deuten wollen, unannehmbar. Wir brauchen die gewichtigen Momente, die an dieser Teilungsmaßnahme liegen, nicht neuerdings auseinandersetzen, nachdem sie tausendfach vor und nach der Abstimmung erörtert worden sind. Nur darauf sei hingewiesen, daß eine billige Aus-legung des Versailler Vertrages und vor allem die Summe der ober-schlesischen Lebensnotwendigkeiten, jeder Teilung, jeder Abspaltung eines noch so begrenzten Gebietes wider-sprechen. Darüber ist man sich in Deutschland klar und einig. Und auch die Nichtigenheit des Koricien Office, die gegen eine vermeintliche Irreführung des deutschen Volkes durch die Bremer Rede Dr. Wirths vorzugehen zu mühen meint, kann an dieser Tatsache nichts ändern. Im Gegen-teil! Das deutsche Volk in seiner überwiegenden Mehr-zahl samt Kanzler und Regierung ist und bleibt der festen Meinung, daß es keinen einzigen Rechtsgrund gibt, von Oberschlesien einen Teil oder gar die ganze Provinz vom Reiche abzusplittern.

In diesem Sinne allein ist es verständlich, daß die deutsche Regierung gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ihre Denkschrift über „Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Abtrennung Oberschlesiens von Deutschland“ veröffentlicht hat. Es kann mit dieser Denkschrift nur eine letzte Warnung an die Entente beabsichtigt sein. Deutschland durch den Verlust einer seiner wertvollsten Kraftzentren nicht auf den wirtschaftlichen Stand von vor einem halben Jahrhundert zurückzuwerfen, eine Verarmung davon, mit der deutschen Wirtschaft nicht die Wirtschaft Europas und der Welt zu gefährden und zu vernichten. Das englische Auswärtige Amt konnte sich also ausfindig eines so nach-wendigen Dokuments, wie es diese Denkschrift ist, die die Ansicht der Regierung einwandfrei und deutlich festsetzt, den Versuch eriparen, mit seinen Abstraktionen die öffentliche Meinung in Deutschland zu zerpfücken. In Hinblick auf Oberschlesien gibt es im deutschen Volke und bei der Regierung, das sei nochmals betont, nur eine Meinung, die lautet: Oberschlesien muß deutsch bleiben! Es kann dieser Ueberzeugung auch dadurch nicht Abbruch getan werden, daß in der alliierten Presse neuerlich der immer deutlicher hervorzu-tretende Versuch gemacht wird, die Lösung des ober-schlesischen Problems über die Sitzung des Obersten Rates hinaus zu verschleppen oder ein Provisorium in Kraft treten zu lassen, das ähnlich wie im Falle des Saargebietes das Schicksal der ober-schlesischen Provinz auf unbestimmte Zeit völlig im Un-gewissen läßt.

Eine solche Verschleppung würde ganz im Gegensatz zur Ansicht Pariser Blätter nicht die Wirkung haben, die Ver-harrlichkeit Deutschlands, mit der es Oberschlesien verlan-gt, einzuschärfen oder allmählich zu entfernen. Vielmehr würde der Schrei nach einer endlichen Regelung des ober-schlesischen Schicksals immer lauter, immer verzweifelter werden, wenn nicht, was noch wahrscheinlicher ist, mit dem Bekannntwerden offizieller ententeischer Verschleppungs-absichten eine neue furchtbare kriegerische Katastrophe ein-träte. Hätten die Sachverständigen, die sich jetzt für ein Teilungsprojekt einzusetzen scheinen, ihre ursprüngliche Ab-sicht, sich über ober-schlesische Verhältnisse an Ort und Stelle zu informieren, tatsächlich durchgeführt, wären es wirkliche „Sachverständige“, die in eingehendem Studium in die Materie, die ihrer Behandlung obliegt, eingedrungen sind, dann würden sie vor allem das Moment der Stimmung der ober-schlesischen Bevölkerung mit in Rechnung stellen und keine Berücksichtigung dem Obersten Rate dringend an-empfehlen. Die Stimmung der Oberschlesier aber ist eine verzweifelte. Die aber Jahr und Tag währende Nicht- und Schustlofsheit hat ihre Geduld aufgeschreckt, sie wollen jetzt eine Entscheidung, koste es, was es wolle. Das müssen die Männer sich vor Augen halten, die in einer Verschlep-pung der Lösung das Heil sehen. Diese Verschleppung kann aber auch noch aus einem andern Grunde nicht statt-